

## **Parteitag der Grünen – Parteispitze setzt sich mit harter Linie gegen Menschen auf der Flucht durch**

Gehen wir einmal davon aus, dass der Bericht auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-migration-102.html) das tatsächliche Geschehen auf dem Parteitag der Grünen in Karlsruhe widerspiegelt:

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-migration-102.html>

Dann gelten Dank und Anerkennung den Delegierten der Grünen Jugend. Sie haben die Positionen der Sozial- und Menschenrechtsverbände von Caritas und Diakonie über den Paritätischen Wohlfahrtsverband bis hin zu Pro Asyl vertreten. Die Parole „Kein Mensch ist illegal“ gebe ein besseres Leitbild ab als Abschiebung im großen Stil. Es sei unehrlich über Obergrenzen zu reden während die Welt in Flammen steht. Der Parteitag solle klare Kante zeigen anstatt einen Kompromiss mit konservativen Kräften zu verabschieden. Katharina Stolle, Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, wird mit diesem Satz zitiert: „Wer Rechten hinterherläuft, der gerät ins Stolpern.“

Doch dann geht das Führungspersonal in die Bütt. Annalena Baerbock und Robert Habeck wollen mit am Tisch sitzen, wenn Orbán in der EU und deutsche Ministerpräsidenten in der MPK Front gegen Flüchtlinge machen. Nur so könnten sie das Schlimmste verhindern. Habeck entlarvt den Antrag der Grünen Jugend sogar als verkapptes Misstrauensvotum. Der Parteivorstand, angeführt von Omid Nouripour, plädiert für einen schärferen Kurs, wie in der Ampelkoalition vereinbart. Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, Rückführungen, Kürzung von Sozialleistungen für Geflüchtete seien notwendige Lösungsansätze. Letztlich setzt sich der Parteivorstand mit seinem Antrag durch. Immerhin wird dessen Titel geändert. „Humanität und Rechtsstaatlichkeit“ heißt es jetzt statt ursprünglich „Humanität und Ordnung“. Eine drohende Belastung für die Ampelkoalition ist abgewendet.

Und was sollen wir jetzt vor Ort mit dem Ergebnis des Parteitags anfangen? Sollen wir junge Flüchtlinge auf freiwillige Ausreise oder Akzeptieren der Ausweisung orientieren anstatt auf Ausbildung und Arbeit? Sollen wir Abschiebeknäste wie den in Darmstadt schönreden? Sollen wir Enthaltensamkeit predigen, wenn die ohnehin schon nicht existenzsichernden Sätze des Asylbewerberleistungsgesetzes noch weiter gekürzt werden? Sollen wir Familienzusammenführung ab sofort nicht mehr im Sinne unseres Grundgesetzes als Menschenrecht unterstützen? Und nicht zuletzt: Sollen wir den Tod im Mittelmeer und an den Außengrenzen der EU als unvermeidlichen Kollateralschaden einer angeblich auf Humanität und Rechtsstaatlichkeit ausgerichteten Flüchtlingspolitik in Kauf nehmen?

Ich bin mir ganz sicher. Die Flüchtlingshilfen in den Städten und Gemeinden werden weiterhin für einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten kämpfen. Integration in die Gesellschaft ist uns wichtiger als Ausgrenzung und Abschiebung. Alteingesessene und neu Zugezogene haben nur eine sinnvolle Perspektive: Wir müssen ein gemeinsames Leben in Frieden und sozialer Sicherheit gestalten. Der Parteitag der Grünen war keine Hilfe dabei. Aber immerhin haben Aktive der Grünen Jugend ein Zeichen der Hoffnung gesetzt.

Cölbe, den 26.11.2026

